Vossische Zeitung

13./XII. 1917.

13

50

Der Kampf um die Vaterlandspartei.

Gestern zeigten die Rechtsparteien des Abgeordnetenhauses wieder einmal, mit welcher Schärfe sie von den Machtmitteln des Parlamentarismus Gebrauch zu machen wissen. Unter dem Vorwand, das freie Staatsbürgerrecht der Beamten schützen zu wollen, hielten die Konservativen und ihr Anhang ein streng Gericht über die Regierung im allgemeinen und den Minister Dr. Drews im besonderen.

Der konservative Abgeordnete v. Hennigs-Techlin begnügte sich nicht mit der Verteidigung der Vaterlandspartei und ihrer — wie mit Eifer immer wieder betont wurde — gänzlich unparteiischen, rein patriotischen Bestrebungen. Sie gestaltete sich vielmehr zu einer ingrimmigen Anklagerede gegen die ganze politische Entwicklung im Reich und in Preußen. Als dieser märkische Adlige mit einem dickleibigen Folianten und einer scharfen Brille bewaffnet auf die Rednerbühne stieg und in nüchterner Gemessenheit mit der Erörterung der Frage begann, welche Schranken den Staatsbeamten durch Amtseid und Takt gezogen seien, machte er den Eindruck eines streng objektiven Wissenschaftlers. Um so stärker überraschte das leidenschaftliche Temperament, das im Verlauf der Rede immer mächtiger zum Ausdruck kam. Umtost von erregten Zwischenrufen der Linken, entrollte der konservative Redner die Sturmfahne gegen die Reichsregierung und den Reichstag und verpflanzte den Streit um Kriegsziele und Friedensresolution, dem durch die Verständigung zwischen Reichsregierung und Reichsparlament endlich ein Ziel gesetzt schien, auf den Boden des Landtags, dessen Mehrheitsverhältnisse ein solches Manöver begünstigen. Gewiß war so manches Wort des Redners über die Notwendigkeit, in Heer und Volk den Kampfwillen gegen die feindlichen Vernichtungsziele aufs äußerste anzuspannen, echt empfunden und feurig vorgetragen, aber der Gesamteindruck war doch der einer planmäßigen Störung der Entwicklung der Dinge im Reich, deren Notwendigkeit weitsichtige Politiker auch auf der Rechten im Ernst nicht bestreiten sollten.

Die Haß- und Hetzreden der Clemenceau und Lloyd George, die der Abg. v. Hennigs unserer Regierung zur Nachahmung empfahl, hätten bei uns sicher nicht die Wirkung, die dem konservativen Redner vorschwebt. Das kam in einer kurzen Bemerkung des Zentrumsabgeordneten Giesberts mit aller Klarheit zum Ausdruck. Die Rechte hatte nach einer sehr eingehenden und recht gewandten Rede des freikonservativen Abgeordneten Mertin (Oels) die Debatte vorzeitig geschlossen. So konnte Giesberts, einer der wenigen Arbeitervertreter des Hauses, der mit den gläubigen und staatstreuen Massen der Westprovinzen in enger Fühlung steht, nur in wenigen Sätzen das Bedauern darüber aussprechen, daß die Reden der Fuhrmann und Hennigs ohne milderndes Wort ins Land hinausgehen, das sie mit Beunruhigung und Unwillen aufnehmen werde. Diese Darlegungen, die aus dem Saal des Dreiklassenhauses hinaus ins Volk wiesen, gaben mit einem Mal die richtige Perspektive der Dinge.

Zum Abschluß ihrer großen Aktion stimmte die Rechte dem Vorschlag des Zentrums zu, die Anträge Fuhrmann und Aronsohn an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen, die nach einer Formel für die von allen Seiten geforderte Sicherung der Staatsbürgerrechte der Beamten suchen soll. Wenn der Ausschuß dabei ohne Nebenabsichten zu Werke geht, wird er — so darf man hoffen — ein Ergebnis zeitigen, über das die Linke, die oft genug für die politische Meinungsfreiheit der Staatsbeamten und Staatsangestellten gegenüber konservativen Uebergriffen einzutreten hatte, allen Grund haben wird, sich zu freuen.

Nachstehend die Fortsetzung des Sitzungsberichts:

Abg. **Kanzow** (Vpt.): Der Antrag beschäftigt sich mit Beamtenfragen. Wir haben einen Beamtenstand, der nicht nur unbestechlich, sondern von unbedingter Pflichttreue und Vaterlandsliebe erfüllt ist und auf den unser Volk stolz sein kann. Eins gilt diesem Beamtenstand besonders hoch, das freiheitliche Beamtenrecht. Ich hoffe, daß die Antragsteller, die uns bisher nicht darin unterstützt haben, uns künftig zur Seite stehen werden, wenn es sich um die freiheitliche Ausgestaltung des Beamtenrechts handelt, wenn es gilt, Beamtenausschüsse, Beamtenkammern zu schaffen, das Disziplinarrecht zu verbessern und das Vereinsrecht der Beamten auszugestalten. (Sehr gut! links.) Früher hatten wir diese Unterstützung in solchen Fragen nicht. Als wir für den Verein der Feuerwehrmänner und der Schutzleute sprachen, die durchaus ihre königstreue Gesinnung in ihren Statuten bekundeten, da hat man uns von den jetzigen Antragstellern gesagt: Nein, das unterstützen wir nicht! (Hört! Hört! links.) Herr Fuhrmann war es, der 1910 erklärte, die Schutzmänner seien politische Beamte. (Erneutes Hört! Hört! links.) Dagegen hat gerade der jetzige Minister des Innern diesen Verein der Wachtmeister, dem früher große Bedenken im Ministerium entgegenstanden, genehmigt. Dieses Verhalten des Ministeriums beweist eine Beamtenfreundlichkeit, die wir begrüßen. Herr Fuhrmann hat sich ja im Laufe seines Lebens mehrfach gewandelt. (Sehr richtig! links. — Abg. Kopsch: Je nach dem Wahlkreis, den er vertrat! — Sehr gut! und Heiterkeit links.) 1907 brachte er sich bei seinen Wählern in empfehlende Erinnerung, indem er sagte, er sei ein Charakter und ein Mensch, der scharf gegen das „blödsinnige" preußische Wahlrecht vorgehe und der die Konservativen und das Zentrum zurückdrängen wolle. (Sehr gut! links.) (Zuruf des Abg. Heß [Ztr.]) Ja, das Zentrum hat er auch genannt, Herr Heß! (Abg. Heß: Andere haben auch zugelernt!) Ja, der „Deutsche Kurier" auch. Vergleichen Sie nur die Jahrgänge 1915 und 1917, das ist ein großer Unterschied. (Sehr gut! links.) Ich glaube, Herr Fuhrmann, Sie haben den Antrag weniger aus Liebe zu den Beamten gestellt, als aus Liebe zur Vaterlandspartei, und aus einem Gefühl zu dem Minister, das ich nicht als Liebe bezeichnen will. Dieser Minister wurde bezeichnet als ein Reformminister, und ich glaube, das gefällt ihnen nicht, Herr Fuhrmann. (Sehr gut! links.) Die heutige Debatte wirft ein starkes Schlaglicht auf unsere politischen Verhältnisse. Als der Minister v. Flottwell kam, erging ein Erlaß an die politischen Beamten, der sich unbedingt gegen jeden Amtsmißbrauch zur Beeinflussung der freigesinnten Wähler wandte. Die Landräte, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten kehrten sich nicht daran, sondern versuchten, dem Ministerium ein Bein zu stellen. Ob die Situation heute nicht ähnlich werden wird, ich weiß es nicht. Ich glaube, mancher würde froh sein, wenn der jetzige Minister des Innern verschwände, welche Volkskreise aber würden darüber sehr traurig sein.

Ich muß etwas auf die Methoden der Vaterlandspartei eingehen. Es ist da in preußischen Amtsräumen auf die Beamten in einer Weise eingewirkt worden, die durchaus nicht zu billigen ist. Zu einer Versammlung der Vaterlandspartei in Essen ließ der Schuldirektor Dr. Steinicke an die Schüler (Hört! Hört! links.) Karten durch die Lehrer verteilen. Der Kreisschulinspektor in Kulm beurlaubte die Lehrer vom Unterricht, als die Gründungsversammlung der deutschen Vaterlandspartei stattfand. Ein Lehrer scheute sich nicht, seinen Schülerinnen wörtlich folgendes Diktat zu geben: „Jede anständige Deutsche tritt noch im Oktober 1917 der Deutschen Vaterlandspartei bei, welche für innere Einigkeit und für einen starken Frieden wirkt." (Hört! Hört! links.) Was sollen die Schülerinnen dazu sagen, deren Väter, vielleicht Gegner der Vaterlandspartei sind. Noch schlimmer aber ist die Agitation von der Kanzel. Aus Lötzen wird berichtet, daß in Marggrabowa ein Gottesdienst stattfand, an dem der Landrat und der Bürgermeister teilnahmen und in dem der Pastor zum Eintritt in die Vaterlandspartei aufforderte. (Hört! Hört! links.) Am Eingang der Kirche standen der Landrat und der Bürgermeister, um die Besucher des Gottesdienstes in die Vaterlandspartei aufzunehmen. (Pfuirufe links.)

Die Angriffe gegen den Reichstag.

Der Abg. Fuhrmann hat es offenbar als vaterländische Tat betrachtet, in diesen Tagen schwersten Ringens und schwierigster Verhandlungen die Minderwertigkeit der Friedensresolution des Reichstages und die Hochwertigkeit der Vaterlandspartei zu bekennen. Da muß ich zu meinem Bedauern auch auf den Parteistreit eingehen. Ich tue es nicht gern und ich freue mich, daß die Führer der großen Parteien die Resolution des Herrn Fuhrmann nicht unterzeichnet haben. Wenn nun gegen die Männer aus der Zentrumspartei, der Sozialdemokratie und meiner Partei, die die Resolution unterzeichnet haben, der Vorwurf geschleudert wird, daß sie Idioten sind, den Hungerkrieg wollen usw., dann muß man sich doch vergegenwärtigen, warum diese Resolution gefaßt wurde, deren Inhalt übrigens vielen Leuten, die darüber sprechen, gar nicht bekannt ist. Sie wurde einmal gefaßt aus Rücksicht auf unsere Verbündeten, die nicht um deutsche Eroberungen willen weiterkämpfen wollen. Der Hauptgesichtspunkt war aber der, daß die Einigkeit des deutschen Volkes sichergestellt werden mußte. Nachdem ein Volksheer geschaffen worden ist, kann ein Krieg nur erfolgreich zu Ende geführt werden, in Uebereinstimmung des ganzen Volkes. Das deutsche Volk steht aber im Einklang mit dem Kaiser auf dem Standpunkt: Wir führen einen Verteidigungskrieg und wir wollen ihn nur solange führen, wie er zur Verteidigung notwendig ist, nicht um phantastischer Eroberungen willen. Es ist unwahr, daß die Reichstagsresolution die Siegeszuversicht des deutschen Volkes erschüttert hätte. (Sehr richtig! links.) Wir siegen, wenn wir uns gegen die Uebermacht erfolgreich halten. Die sittliche Kraft unseres Volkes in seinem Verteidigungskrieg gibt uns eine derartige Ueberlegenheit, daß wir die Feinde zu Boden schlagen werden. Die Mehrheit des deutschen Volkes kann man allerdings nicht mit ungezählten Millionen Zeitungen aufkaufen, wir haben ja jetzt im deutschen Zeitungswesen geradezu amerikanische Zustände. (Sehr wahr! links.) Eine geheime Abstimmung würde zeigen, daß unser Volk auf dem Standpunkt der Reichstagsresolution steht.

Wer hat denn die oberste Heeresleitung hineingezogen, wer telegraphiert immerzu Hindenburg an? Wir lassen ihn uns allerdings nicht nehmen. Als bei unserer Besichtigungsreise nach Ostpreußen der Abg. Winckler ein Hoch auf Hindenburg als den Befreier Ostpreußens ausbrachte, da sagte der große Mann einfach und schlicht: „Mein Verdienst ist gering, ich verlasse mich auf meine Soldaten!" (Beifall.) Gewiß, sein Verdienst ist groß, aber ohne die Mitwirkung des ganzen Volkes hätte auch er den Erfolg nicht erzielen können. Diese Bescheidenheit des großen Mannes ist für ihn ebenso bezeichnend wie ehrend. Er hat gesagt, die deutsche Eiche braucht Licht und Sonne, aber nicht, daß sie neue Erde braucht! (Sehr gut! links.)

Der alldeutsche Verband ist 1890 unter Hinweis auf „die Schmach von Helgoland" gegründet worden. Ohne Helgoland wären unsere deutschen Häfen nicht so geschützt. Die ganze gehässige Agitation der Alldeutschen vor dem Kriege, die Schreibweise ihrer Zeitungen und Worte, wie das des Generals v. Bernhardi, daß die deutsche Friedenssehnsucht ein Gift im Volkskörper sei, haben uns in der Welt maßlos geschadet. (Lebhafte Zustimmung links.) Im Kriege noch haben die Herren v. Gebsattel und v. Bodelschwingh sich nicht gescheut, dem Reichskanzler zu drohen, die Hohenzollern-Monarchie würde erledigt sein, wenn die Kriegsziele nicht weit gesteckt werden. (Hört! hört! links.) Und welche Haltung nimmt die alldeutsche Presse ein, wenn Dr. v. Kühlmann die Politik des Kaisers vertritt! Auf diesen alldeutschen Standpunkt hat sich schließlich auch die deutsche Vaterlandspartei gestellt. Heute ist es gerade ein Jahr seit dem deutschen Friedensangebot, dessen Verkündigung im Reichstage durch Bethmann Hollweg ein konservativer Abgeordneter mit dem Zuruf: Skandal! Skandal! begleitete. Und das auf den Kaiser selbst zurückzuführen war, der in einem später veröffentlichten Brief an den Reichskanzler gesagt hatte, die feindlichen Staatsmänner hätten nicht den Mut, er habe den sittlichen Mut zum Friedensangebot. Hindenburg hat damals Bethmann Hollweg telegraphisch sein Einverständnis ausgesprochen. (Hört! hört!)

Unzweifelhaft verfolgt die Vaterlandspartei das politische Ziel, ein Sammelpunkt für alle die zu werden, die der demokratischen Entwicklung der neuen Zeit entgegentreten. (Sehr wahr! links.) Graf Reventlow tut immer so, als ob er Bismarck II. wäre, und Bismarck Reventlow I. gewesen wäre! (Heiterkeit.) Bismarck aber hat jeden Zuwachs fremdsprachiger Gebiete an das Deutsche Reich als eine Schwächung bezeichnet! (Sehr gut! links.) Natürlich haben bei Friedensschluß die Heerführer mitzusprechen, aber es war Bismarck, der die entscheidende Stimme für die politische Leitung verlangt hat, die auch über Informationen verfügt, welche der Heeresleitung nicht zu Gebote stehen. Der 4. August 1914, der brachte uns eine deutsche Vaterlandspartei, die in heiliger Glut zusammengeschmiedet war. So wollen wir auch jetzt unsere großen Differenzen sachlich und nur so erörtern, daß Reich und Staat keinen Schaden erleiden! (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Anklagen gegen die Regierung.

Abg. **v. Hennigs-Techlin** (kons.): Wir stimmen im ganzen mit den Ausführungen des Abgeordneten Fuhrmann überein. Wir wollen, daß die Beamten Staatsbürger bleiben und daß ihnen auch die staatsbürgerlichen Rechte erhalten bleiben. Die Beamten sind allerdings durch ihre Stellung gewissen Einschränkungen unterworfen. Pflichtgefühl, Takt und Gewissen müssen jedem Beamten sagen, wie er sich zu stellen hat. Wir wollen das Persönlichkeitsgefühl bei den Beamten nicht ertöten, wir wollen auch kein Präfektensystem wie in Frankreich. Damit würden wir die gesellschaftliche und persönliche Stellung des Beamten schädigen. Auch sein Ansehen würde leiden. Unser gutes preußisches Beamtentum soll angesehen im Lande erhalten bleiben. Es braucht nicht konservativ zu sein, sondern soll sich nur im vaterländischen Sinne erhalten. Es gibt Parteien, die wir bekämpfen müssen, und die auch die Beamten bekämpfen müssen. Wir wünschen, daß der Minister entsprechende Anweisungen gibt. Das Wort „unerwünscht" in seinem Erlaß war nicht angebracht. Man sagt ja oder nein, aber vermeidet eine solche Unklarheit. Auch wir wünschten, daß die innere Einigkeit noch bestände. Aber leider ist es nicht mehr so. Es sind nicht alle Parteien mehr gleich. Das muß man erkennen, wenn man das Staatswohl im Auge hat. (Sehr richtig! rechts.) Die Stimmung muß im Lande aufrechterhalten bleiben. Das geschieht aber nicht mit Friedensresolutionen. Unser Friedensangebot vor einem Jahre ist mit Hohn und Spott von unseren Gegnern überschüttet worden. Trotzdem hörte das Reden vom Frieden nicht auf. So zieht man den Kleinmut systematisch groß. Im ganzen Lande herrschte eine gedrückte Stimmung. Da wurde in der äußersten Not des Vaterlandes, als jeder sagte, es muß etwas geschehen, die Deutsche Vaterlandspartei gegründet, der Mitglieder aller bürgerlichen Parteien angehören, ja, wie ich höre, sogar Sozialdemokraten. Aufgabe der Regierung wäre es gewesen, für die Stimmung im Lande zu sorgen. Ich klage die Regierung an, hier eine Unterlassungssünde begangen zu haben. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Als hier von der Tätigkeit der Alldeutschen die Rede war, hörte ich von der äußersten Linken — ich weiß nicht, ob es der Abgeordnete Hue oder ein anderer war — die Worte: So wird der Krieg gemacht. (Abg. Hué (Soz.): Das habe ich nicht gesagt. Sie sind ein Lügner. — Großer Lärm und Pfuirufe rechts. Große Unruhe bei den Soz. Der Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Abg. Hue zur Ordnung.) Man darf nicht von vornherein auf alles verzichten, man muß für die Friedensverhandlungen etwas in die Waagschale zu werfen haben. Bei den Friedenszielen der linksten Parteien können wir nicht bestehen. Ich will nicht so weit gehen, zu sagen, daß im Interesse der Demokratisierung bei uns gewisse Parteien eine möglichst weitgehende innere Zerrissenheit und Schwächung wünschen. (Lärmender Widerspruch bei den Soz.) — Scheidemann hat doch selbst in der „Frankfurter Zeitung" geschrieben, daß freiheitliche Errungenschaften wichtiger wären als Eroberungen und Entschädigungen. Die Regierung hat Streitfragen schlimmster Art ins Volk hineingeworfen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Lärmender Widerspruch bei den Soz.) Wir können dazu nicht schweigen, wir wollen keinen Kirchhofsfrieden. Es gibt Parteirichtungen, die von den Beamten nicht vertreten werden dürfen. (Große Unruhe bei den Soz., stürmischer Beifall rechts, Zischen bei den Soz.)

Eingegangen ist ein Antrag Hoffmann, wonach den Beamten die politische Betätigung „für alle Parteirichtungen" freigegeben werden soll. Ein Antrag Dr. Lohmann (ntlib.) will für den Fall der Annahme dieses Antrages hinzufügen: „soweit sie keine den Bestand des Reiches und Staates gefährdenden Ziele verfolgen". — Der Antrag Hoffmann wird aber nicht genügend unterstützt. (Zuruf des Abg. Ad. Hoffmann: Daran sind die schwachvertretenen Freisinnigen schuld.)

Abg. **Beyer**-Neustadt (Ztr.) beantragt, beide Anträge einem Ausschusse zu überweisen. Dort erst könne die Frage gründlich geprüft werden.

Vertrauen zu Drews.

Abg. **Leinert** (Soz.): Solange der Standpunkt der Regierung dem der Rechten entspricht, verlangt die Rechte, daß die politischen Beamten die Regierungspolitik unterstützen. Geht die Regierung aber einmal andere Wege, dann sollen nach dem Willen der Konservativen diese Beamten das Recht haben, gegen die Regierungspolitik zu agitieren. Erlassen, die von den Beamten ein Opfer der Ueberzeugung fordern, können wir nicht zustimmen. Der Antrag Fuhrmann wendet sich aber nicht allgemein gegen solche Erlasse, sondern nur gegen den die Vaterlandspartei betreffenden.

Der Minister hat heute erfreulicherweise den Grundsatz aufgestellt, daß jeder Beamte jeder Partei beitreten kann von der konservativen bis zur sozialdemokratischen Partei. Mit dem Antrag Fuhrmann will man dem Minister des Innern Steine in den Weg werfen. Ich kann demgegenüber erklären, daß Minister Drews der erste preußische Minister des Innern ist, dem wir in dieser Beziehung Vertrauen entgegenbringen. (Hört! Hört! rechts.)

Nach einer Rede des Abg. **Mertin** (frk.) wird ein Antrag auf Schluß der Aussprache gegen die Linke angenommen.

Die beiden Anträge gehen aber an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern.

Donnerstag, 11 Uhr: Anträge, Frage der Kohlenversorgung.

Schluß 5½ Uhr.